

„Erdbebensicherung“ des faschistischen Siegesdenkmals in Bozen

„Furberia“ all’Italiana

Das italienische Wort „furberia“ bezeichnet eine besondere Schlaueit und Verschlagenheit. Eine solche „furberia“ demonstriert das **Kulturministerium in Rom** mit der Ankündigung, in das **faschistische Siegesdenkmal in Bozen 735.000 Euro für dessen „Erdbebensicherung“**. und **Generalsanierung** zu investieren. Dem Kulturministerium zufolge ist Südtirol offenbar ein Erdbebengebiet. Die „Erdbebensicherung“ sei notwendig, denn schließlich handle es sich um ein „Kulturgut“.

Ein auf Wunsch Mussolinis errichtetes Denkmal

Das auf ausdrücklichen Wunsch Mussolinis errichtete und 1928 als Symbol des Faschismus und der [„Italianita“](#) Südtirols eingeweihte „Monumento alla Vittoria“ ist mit steinernen „Liktorenbündeln“, dem Symbol der Faschistischen Partei, des „Partito Fascista Italiano“, geschmückt.



Es stellt zudem eine steinerne Beleidigung der Südtiroler dar. An der Stirnseite des Denkmals schießt eine „[Siegesgöttin](#)“ einen Pfeil gegen den „barbarischen Norden“ ab. Darunter findet sich folgende lateinische Inschrift:

„Hic patriae fines siste signa. Hinc ceteros excoluimus lingua legibus artibus.“

(Übersetzt: ***„Hier an den Grenzen des Vaterlandes setze die Zeichen. Von hier aus bildeten wir die Übrigen durch Sprache, Gesetze und Künste.“***).



Ursprünglich war anstelle von „ceteros“ („die Übrigen“) das Wort „**barbaros**“ („**die Barbaren**“) vorgesehen gewesen. Trotz der abgemilderten Wortwahl blieb die Aussage unmissverständlich: **Das faschistische Italien habe den unterworfenen Bewohnern des Landes erstmals Zivilisation und Kultur gebracht.**



Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das „Siegesdenkmal“ dadurch „entfaschistisiert“, dass eine auf Mussolini verweisende Inschrift entfernt wurde.

Nun konnte das „Siegesdenkmal“ seiner ursprünglichen Zweckbestimmung gemäß weiterhin als Kulisse für militärische Aufmärsche und neofaschistische Kundgebungen dienen.

Protest der „Süd-Tiroler Freiheit“

Die Landtagsfraktion der „Süd-Tiroler Freiheit“ wies in einer Presseerklärung darauf hin, dass die Südtiroler insgesamt 1.220.000,00 Euro für Erdbebenopfer in Mittelitalien gespendet hätten.

„Nicht nur alle antifaschistisch gesinnten Menschen, sondern auch die wahren Erdbebenopfer werden verhöhnt!“, so der Vorwurf der „Süd-Tiroler Freiheit“.

Von der Caritas der Diözese Bozen/Brixen hat sie nun auf

Anfrage erfahren, dass Süd-Tirol für die Opfer der jüngsten Erdbeben in Mittelitalien bis zum 31. Dezember 2017 insgesamt 1.220.147,54 Euro gespendet haben. Hinzukommen die Gelder, die das Land Süd-Tirol zusätzlich bereitgestellt hat, deren genaue Höhe mit einer Landtagsanfrage herausgefunden werden soll.

Der Landtagsabgeordnete Bernhard Zimmerhofer und der Sprecher der STF-Ortsgruppe Bozen, Cristian Kollmann, bezeichnen es, so wörtlich, **„als unglaubliche Dreistigkeit, mit der das zum architektonischen Kulturgut uminterpretierte Siegesdenkmal praktisch unzerstörbar gemacht werden soll, während im Erdbebengebiet in Mittelitalien die Schäden bei Weitem noch nicht behoben sind!“**

Soweit die Presseerklärung der „Süd-Tiroler Freiheit“.

Tatsächlich sind bis heute in den Erdbebengebieten Mittelitaliens die durch Erdbeben verursachten Bauschäden der letzten beiden Jahre zum größten Teil noch nicht behoben. Begründung: In Rom fehlt das Geld!

Die Sanierung des faschistischen Protztempels in Bozen unter dem Vorwand der Herstellung der Erdbebensicherheit ist eine Verhöhnung der dortigen betroffenen Erdbebenopfer.



Fotomontage: Süd-Tiroler Freiheit

Protest der Freiheitlichen

Walter Frick, der freiheitliche Bezirksobmann von Bozen Stadt und Land, nahm ebenfalls zu dem römischen Vorhaben Stellung:

*„Schon wieder hat man seitens des italienischen Staates einen neuen **Vorwand** gefunden, um das nach seinem Begriff als „Kulturgut“ bezeichnete, aber für die deutsch-ladinische Bevölkerung als Geschichtsverfälschung empfundene sogenannte „Siegessäule“ auf **Erdbebensicherheit** prüfen zu lassen, um somit wieder Geld beim Ministerium für Kulturgüter locker machen zu können.*

Andererseits hat der italienische Staat kein Geld für geschichtsträchtige Bauten in ganz Italien, aber für das sogenannte „Siegessäule“ in Bozen kann das Ministerium für Kulturgüter ohne weiteres 735.000 Euro aufbringen. ... Italien ist voll mit Kunstschatzen wie wohl kaum ein anderes Land in Europa. Aber der Staat hat kein Geld, um sie zu erhalten, und setzt sie somit zum Teil dem Verfall aus. Aber in Südtirol

laufen die Uhren anders, hier wird sehr wohl Geld für eine Geschichtsverfälschung, wie es das sogenannte Siegesdenkmal eine ist, bereitgestellt.

Tatsache ist, dass man mit dem Vorwand, das Denkmal sei nicht erdbebensicher, wiederum erhebliche Summen von Steuergeldern für diesen faschistischen Bau bereitstellen wird. Dieses Bauwerk ist bis heute unverändert geblieben und verkörpert weiterhin durch faschistische Symbole und rassistische Inschriften die faschistische Ideologie und wird somit auch von der deutsch-ladinischen Bevölkerung abgelehnt.“

Soweit die Presseerklärung der Südtiroler Freiheitlichen.



Das „Siegesdenkmal“ wurde auch in den vergangenen Jahren immer wieder mit Steuergeldern renoviert, damit es eine schöne Kulisse für italienische nationalistische Aufmärsche abgeben kann.

Die nunmehrige Begründung der Herstellung einer „Erdbebensicherheit“ übertrifft an „furberia“ aber alle bisherigen Vorgangsweisen.



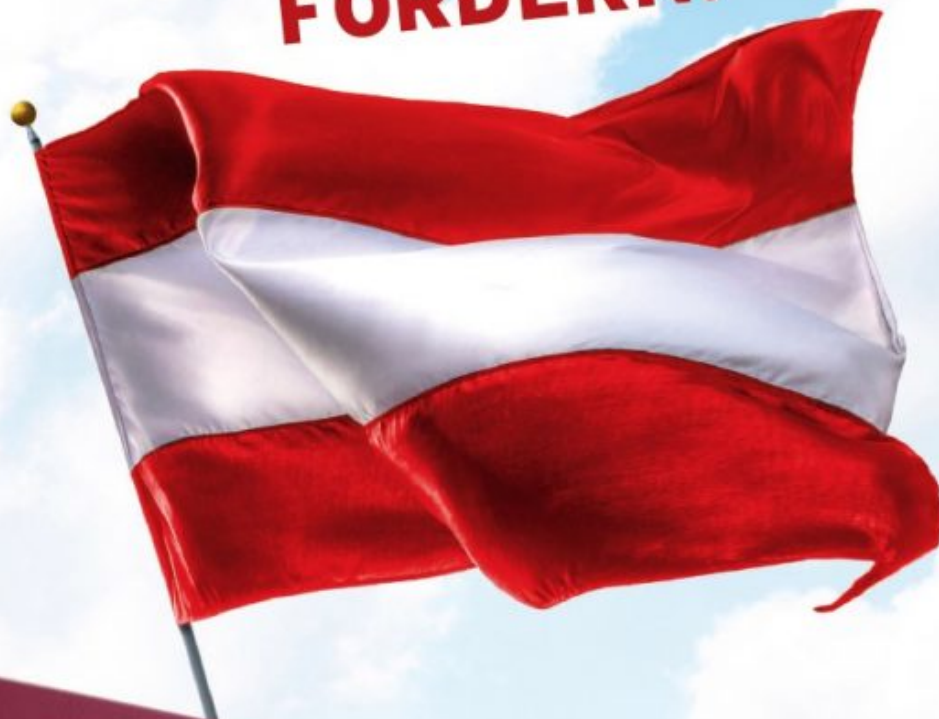
Auf zur Kundgebung am Brennerpass: Sonntag, 8. Oktober 2017

Nachdem die Südtiroler und ihre Freunde und Unterstützer in Österreich in der Frage der Doppelstaatsbürgerschaft von den österreichischen Bundesregierungen seit nunmehr 8 Jahren an der Nase herumgeführt werden, hat die Landtagspartei „Südtiroler Freiheit“ (STF) nun zu einer Kundgebung am Brenner aufgerufen. Alle Freunde Südtirols sind dazu eingeladen.

Es ist zu hoffen, dass diese Kundgebung dazu beitragen wird, den berechtigten Anliegen unserer Südtiroler Landsleute in Österreich wieder mehr Gewicht zu geben.

Die Dokumentation „Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler“ zeigt auf, warum diese Forderung wichtig und berechtigt ist.

Jetzt die Chance nutzen:
**DOPPELTE
STAATSBÜRGERSCHAFT
FORDERN!**



**KUNDGEBUNG
BRENNERPASS**

**8. Oktober 2017
11 UHR**

**Anschließend Tiroler Festl
im Prennerhaus**

doppelthältbesser

Auftraggeber: SÜD-TIROLER FREIHEIT, Bozen · info@suedtiroler-freiheit.com · Druck: www.oeffekt.it

AUFRUF

**Kommt zur
Brenner-Kundgebung,
damit wir die doppelte
Staatsbürgerschaft bekommen!**

Tiroler Landsleute!

Am 15. Oktober wird in Österreich ein neues Parlament gewählt. Damit bekommen wir die Chance, mit einer neuen Regierung endlich die doppelte Staatsbürgerschaft umzusetzen.

Die **Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft** für uns Süd-Tiroler wäre ein **volkstumpolitischer Meilenstein**, der eine **völlige Neuausrichtung** der Süd-Tirol-Politik mit sich brächte.

Damit die **doppelte Staatsbürgerschaft** Realität wird, müssen wir nun aber ein **starkes Signal** nach Österreich senden, damit **Wien** erkennt, dass wir Süd-Tiroler die österreichische Staatsbürgerschaft zurückwollen.

Wir organisieren daher bewußt am **8. Oktober** - eine Woche vor der Parlamentswahl in Österreich - die **Brenner-Kundgebung**, die diesmal ganz im Zeichen der **doppelten Staatsbürgerschaft** steht.

Je mehr Menschen zum Brenner kommen und für die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft demonstrieren, desto stärker wird unser Anliegen Gehör finden.

Jetzt liegt es an Euch, etwas für die Heimat zu tun.

Wir brauchen jeden Mann und jede Frau!
Nehmt Euch bitte am 8. Oktober die Zeit
und kommt zu unserer Kundgebung auf den Brenner,
damit wir die doppelte Staatsbürgerschaft bekommen.

Dokumentation: Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler

von Hans Fingeller

Der Wunsch der Südtiroler

Zusammen mit Vertretern der „Süd-Tiroler Freiheit“ und der „Freiheitlichen“ erklärten im Dezember 2009 die Parlamentsabgeordneten der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) Dr. Siegfried Brugger und Dr. Karl Zeller, dass sie sich **eine doppelte – italienische und österreichische – Staatsbürgerschaft für die Südtiroler** wünschten.



Einen Pass auch vom Vaterland

MINDERHEITENPOLITIK: Parlamentarier Brugger und Zeller schlagen doppelte Staatsbürgerschaft vor – Lob vom Kollegen Bre

**Rechtlich sowohl seitens Italiens wie
seitens Österreichs möglich**



Dr. Karl Zeller

Rechtlich sei dies durch eine Ausnahmeregelung im österreichischen Staatsbürgerschaftsrecht ohne weiteres möglich, erklärte der Südtiroler Parlamentarier und Rechtsexperte Dr. Karl Zeller.

Auch Italien ermögliche den im Ausland lebenden Minderheiten italienischer Sprachzugehörigkeit derartige Doppelstaatsbürgerschaften und habe etwa viele kroatische (Nicht-EU-) Staatsangehörige aus Dalmatien zu EU-Bürgern gemacht. Es seien sogar 18 Sitze im Senat und in der Abgeordnetenkammer diesen „Auslandsitaliener“ vorbehalten.

Das italienische Staatsbürgerschaftsgesetz von 1992 erlaube zudem italienischen Staatsbürgern den Erwerb einer zweiten Staatsbürgerschaft, ohne dass sie dabei die italienische abgeben müssten. Dies gelte natürlich auch für die Südtiroler. Von staatlich italienischer Seite gebe es daher keine Hindernisse.

Unterstützung durch FPÖ – Ablehnung durch ÖVP

Volle Unterstützung erhielt das Südtiroler Begehren durch die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) und deren

Südtirolsprecher und Nationalratsabgeordnete Werner Neubauer.

Ebenso umgehend nahm damals der **Nordtiroler Landeshauptmann Günther Platter** (ÖVP) gegen den Wunsch der Südtiroler Stellung. Just zu Weihnachten, am 24. Dezember 2009 erschien in der Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ ein Interview mit ihm, in welchem er den Vorschlag der Südtiroler vehement ablehnte: **„Ich sehe darin mehr einen Vorwand für eine neuerliche Diskussion um die Verschiebung der Staatsgrenzen.“** Eine solche zu verlangen, zeuge **„von Verantwortungslosigkeit und mangelndem Geschichtsbewusstsein.“**

War es schon seltsam genug, aus dem Mund eines Nordtiroler ÖVP-Landeshauptmannes zu hören, dass die Aufrechterhaltung der Unrechtsgrenze am Brenner eine moralische Pflicht sei, so wurde im Jänner 2010 die Situation noch skurriler. Der sogenannte **Südtirolsprecher** der ÖVP, **Hermann Gahr**, lehnte die Doppelstaatsbürgerschaft öffentlich ab. Dies veröffentlichte die „Tiroler Tageszeitung“ am 5. Jänner 2010.



Gahr gegen Pass für Südtiroler

Während Südtirols LH Luis Durnwalder für die Doppelstaatsbürgerschaft der Südtiroler eintritt, ist VP-Südtirolsprecher NR Hermann Gahr dagegen.

pelstaatsbürgerschaft hält er wenig. „Das ist rechtlich eine schwierige Frage, außerdem würde das eine Lawine in anderen Ländern lostreten.“

Bei einem gemeinsamen Treffen der SVP und der Tiroler VP votierten beide Land-

Der **ÖVP-Seniorenobmann Andreas Khol** erteilte in der „Tiroler Tageszeitung“ vom 15. Jänner 2010 der Doppelstaatsbürgerschaft eine Absage, führte dafür eine Reihe von fadenscheinigen Begründungen an und behauptete, dass diese dem Geist des Pariser Vertrages widerspreche. Besser hätte dies kein römischer Politiker argumentieren können.

Nein zu Doppelstaatsbürgern

Eine Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler ist für VP-Seniorenchef Andreas Khol aus fünf Gründen unmöglich.

Staatsbürgerschaft wollen und bekommen, Deutschsprachige, die diese Doppelstaatsbürgerschaft nicht

Einen Tag später, am 16. Jänner 2010 versuchte Khol den Südtiroler Landsleuten jede Hoffnung zu nehmen, indem er in der Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ erklärte, dass eine solche Doppelstaatsbürgerschaft Italien provozieren würde und daher „gefährlich“ sei.



„Nicht sinnvoll und sogar gefährlich“

DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT: Andreas Khol entschieden gegen österreichische Ausweise für Südtiroler – SVP verteidigt Vorschlag

Am 18. Jänner 2010 enthüllte der FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer in einem Pressedienst, welche pro-italienische und liebedienerische Position die ÖVP in dieser Frage einnahm: Vor seiner Abreise nach Villanders habe er, so Neubauer, **Außenminister Michael Spindelegger** (ÖVP) persönlich auf die Frage der Doppelstaatsbürgerschaft angesprochen und eine verblüffend offene Antwort erhalten:

„Spindelegger erklärte mir unverblümt, dass es für ihn nicht in Frage komme, Italien zu verärgern. Auf die von der Südtiroler Volkspartei (SVP) angekündigte große Unterschriftenpetition für den Erhalt einer zusätzlichen österreichischen Staatsbürgerschaft für ladinische und deutsche Südtiroler hat mir Außenminister Spindelegger offen ins Gesicht gesagt, dass er diese Vorgangsweise für blanken Populismus halte und nicht im Entferntesten daran denke, diesem Wunsch der Südtiroler zu entsprechen.“

Gegenüber den Medien war **Spindelegger** nicht so deutlich. In einem Interview mit der Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ vom 12. Februar 2010 erklärte er gewunden, dass man „keine falschen Hoffnungen“ wecken solle. Zunächst müsse man „einen intensiven Prüfungsprozess in Gang setzen“. Von einer Unterschriftenaktion zur Unterstützung der Südtiroler Wünsche, welche von der Landtagspartei „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) angekündigt wurde, riet er ab.



Dolomiten - Freitag, 12. Februar 2010

„Keine falschen Hoffnungen wecken“

DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT: Österreichs Außenminister Spindelegger will abwarten, bis Fakten auf dem Tisch sind – „Unterschriftenaktion nicht notwendig“

„D“: Was halten Sie von einer Unterschriftenaktion für die doppelte Staatsbürgerschaft?

Spindelegger: Das hätte aus unserer Sicht keinen Mehrwert. Das ist nicht notwendig. Die Südtiroler haben eine gute politische Vertretung. Über regelmäßige Kontakte mit dem Landeshauptmann und der Landesregierungs-Delegation können wir alle Fragen miteinander behandeln. So eine Unterschriftenaktion würde eher zu Irritationen führen.

20.000 Unterstützungsunterschriften

Am 18. Februar meldete die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“, dass die „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) in Österreich 20.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt habe, ohne dass diese Südtiroler Landtagspartei in Österreich auf irgendeine Organisationsstruktur oder Medienpräsenz habe zurückgreifen können.

Südtirol Freitag, 18. Februar 2011 - **Dolomiten**

Unterschriften gesammelt

SÜD-TIROLER FREIHEIT: 20.000 Unterschriften für doppelte Staatsbürgerschaft

Am 23. Februar 2011 wurden diese Unterschriften – es waren mittlerweile 21.000 geworden – dem österreichischen Nationalrat übergeben.

Der Pass ist im Parlament angekommen

Die Süd-Tiroler Freiheit hat
gestern 21.000 Unterschriften für
die Doppelstaatsbürgerschaft im
Parlament übergeben.



Werner Neubauer (FP), Gerhard Huber (BZÖ), Hermann Gahr (VP), Alexander Van der Bellen und Hermann Krist nahmen von Sven Knoll (4. v. l.) und Eva Klotz die 21.000 Unterschriften entgegen.

Foto: Sturm

Keine verfassungsrechtlichen Bedenken

Am 28. April 2011 teilte das **Bundeskanzleramt** den Initiatoren der Unterschriftensammlung mit, dass gegen eine Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler mit: **„Allgemein verfassungsrechtliche Bedenken gibt es keine.“**

Parlamentsdirektion
Herrn Mag. Gottfried MICHALITSCH
stellungnahme.PETBI@parlament.gv.at

Wien, am 28. April 2011

Betreff: Bürgerinitiative Nr. 28
„Österreichische Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler“

Zur Bürgerinitiative Nr. 28 wird mitgeteilt, dass Staatsbürgerschaftsangelegenheiten nicht in die Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes fallen. Allgemein verfassungsrechtliche Bemerkungen gibt es keine.

28. April 2011
Für den Bundeskanzler:
MATZKA

Verfassungsrechtsgutachten: Doppelstaatsbürgerschaft möglich

Am 30. Mai 2011 stellte die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) in Bozen ein Gutachten des österreichischen Verfassungsrechtlers Univ.-Prof. Dr. Walter Obwexer vor, welcher zu eindeutigen Schlüssen gelangt war. Die „Dolomiten“ berichteten darüber am 31. Mai 2011.

Doppel-Pass: Wien allein am Ball

GUTACHTEN: Verfassungsrechtler Walter Obwexer: Zusätzliche österreichische Staatsbürgerschaft für Südtiroler „rein rechtlich möglich“



BOZEN (ler). Mit einer einfachen Gesetzesänderung kann das Parlament in Wien auch Südtirolern die österreichische Staatsbürgerschaft zuerkennen; Rom spielt in Sachen Doppel-Pass keine Rolle. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten, das die SVP gestern vorstellte.

Rein rechtlich ein lockerer Spaziergang, politisch gesehen wohl eine anstrengende Gipfeltour: Diese Wegbeschreibung zur doppelten Staatsbürgerschaft für Südtiroler legte die SVP gestern nach der Sitzung der Partei-

leitung vor. Zuvor hatte der Verfassungsrechtler Walter Obwexer von der Universität Innsbruck das fundierte Rechtsgutachten vorgestellt, das er im Auftrag der SVP erstellt hatte.

„Der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft durch Südtiroler ist grundsätzlich möglich“, fasste Obwexer zusammen. Und wie der Fachmann durchblicken ließ, ginge es einfacher als gedacht. Völkerrechtlich und auf EU-Ebene gebe es kein rechtliches Hindernis, der Staat Italien habe erst im Jahr 2009 ein Abkommen aufgehoben, das doppelte Staatsbürgerschaften seit 1963 verhinderte.

Spott und Hohn vom österreichischen Außenminister

Der österreichische **Außenminister Michael Spindelegger** (ÖVP) hatte dafür nur Spott und Hohn übrig. Man könne Staatsbürgerschaften nicht „wie Briefmarken“ sammeln.

Freitag, 25. November 2011 - **Dolomiten**

Von doppelten Pässen und Briefmarken

WIEN: Außenminister Spindelegger gegen Doppelstaatsbürgerschaft – Pichler Rolle: Ist uns Herzensanliegen

BOZEN/WIEN. Man könne „Staatsbürgerschaften nicht sammeln wie Briefmarken.“ Mit dieser Bemerkung zur Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler hat der österreichische Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) Aufsehen erregt. Für SVP-Fraktionschef Elmar Pichler Rolle ist Spindeleggers Aussage ein „sehr unglücklicher Vergleich.“

Am 27. Dezember 2011 legten die „Dolomiten“ nach und veröffentlichten über eine ganze Seite einen ausführlichen

Bericht darüber, dass Ungarn seinen in anderen Staaten lebenden Volksangehörigen die ungarische Staatsbürgerschaft als Doppelstaatsbürgerschaft gewährt.

Dienstag, 27. Jänner 2015 - Dolomiten

Ungarische Staatsbürgerschaft für die „Diaspora-Magyaren“

JENSEITS DER GRENZEN: Zwischen Ungarn und seinen Nachbarn bestimmt gerade die Minderheitenpolitik die Güte der Beziehungen

Dies beeindruckte natürlich den österreichischen **Außenminister Michael Spindelegger** (ÖVP) in keiner Weise.

Scheinbarer „Durchbruch“ im parlamentarischen Ausschuss in Österreich

Nachdem sich der Südtiroler Landtag am 9. März 2012 mit großer Mehrheit für Doppelstaatsbürgerschaften für Südtiroler ausgesprochen hatte, berichteten die „Dolomiten“ am 23. März 2012 erfreut:

„Rechtlich gibt es keine Hürden für die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler. Das erklärten Experten gestern unisono vor dem Südtirol-Unterausschuss im Österreichischen Nationalrat. ‚Jetzt ist es nur mehr eine politische Entscheidung, ob der Doppelpass den Südtirolern ermöglicht wird oder nicht‘, erklärt der Südtiroler Parlamentarier Karl Zeller.“



Gute Aussprache zum Doppelpass (von links): Karl Zeller, Hermann Gahr und Walter Obwexer. SVP

„Alle Verfassungs- und Völkerrechtsexperten kamen zum Schluss, dass es keine rechtlichen Hindernisse für den Doppelpass gibt.“

Karl Zeller

Die österreichische Bundesregierung unternahm trotz wiederholten Drängens von Südtiroler Seite nichts.

Am 26. August 2013 protestierten die **FPÖ-Nationalratsabgeordneten Werner Neubauer** und **Mag. John Gudenus** in einer Presseaussendung über die „Austria Presse Agentur“ (APA) dagegen, dass vor allem in Wien die Zahl der Einbürgerungen von Ausländern von Jahr zu Jahr ständig steige, hunderte von Staatsbürgerschaftsansuchen von Südtirolern aber unbearbeitet blieben.

Abgeschmettert im Österreichischen Nationalrat – willfähige SVP-Spitze

Am 5. Juli 2013 kam es im Österreichischen Nationalrat zum Offenbarungseid. Ein „*Bericht des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten an den Nationalrat*“ machte deutlich, dass die Bundesregierung keine Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler wünschte. Darin hieß es in bemerkenswert unpräziser Ausdrucksweise,

„dass die Einführung eines vereinfachten Erwerbs der österreichischen Staatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen“ mit „völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Hürden“ verbunden wäre.



Der
freiheitliche
Südtirol-
Sprecher und
Nationalratsabge-
ordnete Werner
Neubauer

Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP schmetterten daher zusammen mit den „Grünen“ den Antrag des **freiheitlichen Südtirol-Sprechers und Nationalratsabgeordneten Werner Neubauer** ab, mittels Einfügen eines einzigen Absatzes im Staatsbürgerschaftsgesetz, den Südtirolern die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen.

In einer Presseaussendung erklärte der Abgeordnete Werner Neubauer dazu:

„Die Bundesregierung hat sich damit gemeinsam mit den Grünen geweigert, unseren Landsleuten südlich des Brenners diesen Herzenswunsch zu erfüllen. Darüber hinaus war das Verhalten der Blockierer von Feigheit geprägt, hatten sie doch nicht einmal den Mut, ihre Position zum ablehnenden Stimmverhalten in einer Wortmeldung zu artikulieren.“

Nun zog auch der mit der ÖVP eng verkungelte Südtiroler Landeshauptmannskandidat und **kommende Landeshauptmann Arno Kompatscher** den Schweif ein und erklärte, dass auf Südtiroler Seite ohnedies „wenig Begeisterung“ für eine

Doppelstaatsbürgerschaft herrsche.

Die „Austria Presse Agentur“ (APA) berichtete darüber:

APA0357 5 AI 0394

Do, 19.Sep 2013

Landtag/Regionalwahlen/Wahlen/Politische Bewegungen/Tirol

Südtirol-Wahl: Kompatscher sieht "wenig Begeisterung" für Doppelpass

Utl.: In der Südtiroler Bevölkerung - SVP-Landeshauptmannkandidat:
"50 Prozent bei Landtagswahl ist Traumziel" =

Innsbruck (APA) - Der Landeshauptmannkandidat der Südtiroler Volkspartei (SVP) bei der Landtagswahl am 27. Oktober hat in der Frage einer möglichen **Doppelstaatsbürgerschaft** derzeit **"wenig Begeisterung" in der Südtiroler Bevölkerung** geortet. Zudem nehme er zur Kenntnis, dass **auch in Österreich die Voraussetzungen** dafür **"politisch nicht gegeben"** seien, sagte Kompatscher am Donnerstag bei einer gemeinsamen **Pressekonferenz** mit dem Südtirol-Sprecher der ÖVP im Nationalrat, Abg. Hermann **Gahr**.

Meinungsumfrage in Österreich: 89 Prozent befürworten Selbstbestimmung für Südtirol – 83 Prozent sind für Doppelstaatsbürgerschaft

Am 26. Jänner 2015 stellte der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB), eine von ehemaligen Freiheitskämpfern und politischen Häftlingen gegründete Vereinigung, auf einer Pressekonferenz in Wien das Ergebnis einer repräsentativen Meinungsumfrage vor, welche das Institut „Spectra“ durchgeführt hatte.

Die Zustimmung zur Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft

SPECTRA
MARKTFORSCHUNG

Frage 3: In Süd-Tirol gibt es die Diskussion, die Bindung zu Österreich zu stärken, indem die Süd-Tiroler wieder österreichische Staatsbürger werden. Wären Sie damit einverstanden, dass dies den Süd-Tirolern im Rahmen einer doppelten Staatsbürgerschaft gewährt würde, oder wären Sie damit nicht einverstanden?

Basis: Österreichische Bevölkerung / Angaben in %



Frage 4: In Süd-Tirol wird immer wieder der Wunsch nach Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes geäußert. Würden Sie es begrüßen, wenn die Bevölkerung Süd-Tirols in einem Referendum auf friedliche und demokratische Weise über die staatliche Zugehörigkeit des Landes entscheidet, oder würden Sie das nicht begrüßen?

Basis: Österreichische Bevölkerung / Angaben in %



Auch die „Dolomiten“ berichteten darüber:

Dienstag, 27. Jänner 2015 - Dolomiten

In Österreich willkommen

UMFRAGE: 89 Prozent der Bundesbürger sind laut Heimatbund-Befragung für Wiedervereinigung mit Südtirol



Bundesadler und Tiroler Adler gehören zusammen (von links): Peter Bruckmüller („Spectra“), der langjährige Heimatbund-Obmann Sepp Mitterhofer, sein Nachfolger Roland Lang, der Journalist Reinhard Olt und Benjamin Pixner (Jugendsprecher Süd-Tiroler Freiheit) gestern bei der Pressekonferenz in Wien.

So sprechen sich 83 Prozent dafür aus, dass Südtiroler die doppelte Staatsbürgerschaft erhalten sollen. Noch lieber würden es neun von zehn Österreichern (89 Prozent) sehen, wenn Südtirol in einem Referendum „auf friedliche und demokratische Weise über die staatliche Zugehörigkeit des

Der Rückzug des Südtiroler Landeshauptmannes Kompatscher

In Wiener Regierungskreisen war man wenig erbaut. Am 19. Februar 2015 besuchte der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher den ÖVP-Außenminister Sebastian Kurz in Wien besuchte. Kompatscher war brav und wusste, was man seitens der ÖVP von ihm erwartete. Er hatte bereits am Vortag in vorsehendem Gehorsam über die „Austria Presse Agentur“ (APA) verlautbaren lassen, dass er der Wiener Linie zu folgen

gedenke:

Innsbruck/Bozen (APA) - In der Frage rund um die **Doppelstaatsbürgerschaft** für Südtiroler sieht Südtirols Landeshauptmann Arno **Kompatscher** (SVP) noch viel Klärungsbedarf. "Es besteht die **Gefahr, dass uns die Debatte mehr schaden könnte, als sie uns Nutzen bringt**", erklärte Kompatscher gegenüber der Tiroler Tageszeitung (Mittwochsausgabe).

"Wir **wissen, dass sich in Wien und Tirol die Begeisterung in Grenzen hält, weil viele Fragen der praktischen Anwendung unklar sind**", meinte der Landeshauptmann.

Angesichts dessen, dass Kompatscher sich so willfährig zeigte, verlief das Treffen in Wien äußerst harmonisch und programmgemäß ohne praktischen Ergebnisse für die Südtiroler Bevölkerung. In Wien war damit die Sache vom Tisch.

Am 28. Jänner 2015 berichtete die „Neue Südtiroler Tageszeitung“, dass der ÖVP-Südtirolsprecher im Österreichischen Nationalrat, Hermann Gahr, kaum Chancen für eine Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler sehe.



Gegenüber der Öffentlichkeit äußerten sich in der Folge Kurz und Kompatscher gleichlautend. In einem Interview in den „Dolomiten“ vom 2. Juli 2015 sagte Kurz, dass Österreich Doppelstaatsbürgerschaften vermeiden wolle und der folgsame Arno Kompatscher erklärte, dass es sich um eine „schwierige Herzensangelegenheit“ handle, deren Umsetzung aber schwierig sei.

Schwierige „Herzensangelegenheit“

DOPPELPASS: Außenminister Kurz bremst Erwartungen – Kompatscher: Verankerung der Schutzfunktion ist uns noch wichtiger

Die vorläufige Beerdigung

Am 28. Jänner 2015 beerdigte der Südtirol-Unterausschuss des Österreichischen Nationalrates mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der „Grünen“ den freiheitlichen Antrag, den Südtirolern die Möglichkeit der Doppelstaatsbürgerschaft zu gewähren.

Dolomiten - Freitag, 29. Jänner 2016

Doppelpass-Antrag wird zu den Akten gelegt



Kein österreichischer Pass für Südtiroler: Der Südtirol-Unterausschuss im Nationalrat hat den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Am 13. Februar 2016 schrieb der **Südtiroler Rechtsanwalt Dr. Otto Mahlknecht** in den „Dolomiten“ das, was in dieser Frage

wohl die meisten Südtiroler denken.

MEINE MEINUNG

Die in dieser Rubrik wiedergegebene Meinung muss nicht mit der der Redaktion übereinstimmen

Südtirol - eine Herzensangelegenheit?

Dr. Otto Mahlknecht, Rechtsanwalt in Bozen und Präsident des Österreich-Südtirol-Forums, nimmt im Folgenden Stellung zur ablehnenden Haltung des Südtirol-Unterausschuss im österreichischen Nationalrat, der sich gegen die österreichische Staatsbürgerschaft für Südtiroler ausgesprochen hat.

1920 haben die Südtiroler die österreichische Staatsbürgerschaft verloren und die italienische erhalten. Nach 1945 standen nicht die Staatsbürgerschaft, sondern vitalere Interessen auf der Tagesordnung. Erst 2006 wurde sie zum Thema, als Italien sein Gesetz zugunsten der Italienischstämmigen in Istrien, Fiume und Dalmatien novellierte. Seither gab es Bemühungen, für die Südtiroler dasselbe zu erreichen.

Seit 2010 hat die österreichische Regierung dem Südtiroler Wunsch mit der Begründung, es sei zuvor eine intensive juristische Prüfung notwendig, nicht



Dr. Otto Mahlknecht

entsprochen. Nun sind die Rechtsfragen aber seit Langem geklärt. Österreich müsste weder die Verfassung ändern, noch völkerrechtliche Verträge kündigen. Eine einfache Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes würde ausreichen. Völkerrechtlich erlaubt das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit eine Doppelstaatsbürgerschaft. Dass darüber hinaus auch keine verfassungsrechtlichen Hürden bestehen, hat das Bundeskanzleramt am 28. April 2011 festgestellt. Die meisten unserer europäischen Nachbarn erlauben eine Doppelstaatsbürgerschaft; sie stellt in der europäischen Praxis geradezu die Regel dar.

Die Doppelstaatsbürgerschaft hätte keine Auswirkungen auf

Steuern und Pensionen, weil diese unabhängig davon dort zu zahlen sind, wo die Person ihren Wohnsitz hat. Sie wäre auch keine Besserstellung gegenüber anderen Südtirolern, weil die Rechte innerhalb Südtirols nicht vom Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft abhängen.

Wenn es so leicht ginge und ein Herzensanliegen vieler Südtiroler ist, warum wurde es dann nicht schon längst im Nationalrat beschlossen?

Der Grund liegt im politischen Zaudern der Bundesregierung. Sie kann sich nicht dazu entschließen, weil sich Identität und Selbstverständnis der Südtiroler dann stärker an Österreich orientieren würden. Dies würde den unausgesprochenen Plan Italiens durchkreuzen, die Südtiroler trotz Autonomie möglichst bald zu Italienern zu assimilieren und eine Situation so wie im Elsass zu schaffen. Als Südtiroler fragt man sich in diesem Lichte: Welche Interessen sind für die österreichische Bundesregierung wichtiger? Jene der Südtiroler oder jene Italiens?

Diese Dokumentation zeigt, dass ÖVP und leider auch SPÖ (Wo sind die Zeiten eines Bruno Kreisky geblieben?) sich das Thema Südtirol endgültig vom Halse schaffen wollen. Die „Grünen“ hätten für die Südtiroler ohnedies nur dann ein offenes Herz, wenn diese aus Nigeria oder Afghanistan stammen würden.

Man wird nach den Nationalratswahlen sehen, ob es in einer neuen österreichischen Bundesregierung zu einer Änderung der Haltung gegenüber Südtirol und der Frage der Doppelstaatsbürgerschaft kommen wird.

„JA zur österreichischen Staatsbürgerschaft“ – Breite Unterstützungsfrent aus allen deutschen Parteien Südtirols

Im August 2015 rückte der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB), eine von ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfern und politischen Häftlingen gegründete Vereinigung, die Frage der Doppelstaatsbürgerschaft mit einer landesweiten Plakataktion „JA zur österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler“ in das Rampenlicht. Auf diesen Plakaten wurde darauf hingewiesen, dass laut einer repräsentativen Umfrage 83 Prozent der Österreicher diese Forderung unterstützen. Am 13. August 2015 wurde die Plakataktion bei einem Pressegespräch der Öffentlichkeit vorgestellt und Vertreter aller deutschen Parteien in Südtirol vollzogen in dieser Frage einen Schulterschluss und unterstützten die Forderung nach Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler.

Mehr dazu:

<http://www.suedtiroler-freiheit.com/plakataktion-zur-doppelten-staatsbuergerschaft-vorstellung-mit-allen-deutschen-parteien-in-bozen/>

Ein „Verbündeter“ der „Südtiroler Volkspartei“ fordert die Abschaffung der Autonomie

Italienischer Nationalismus von „links“

In Italien lassen sich extrem nationalistische Positionen nicht einfach der „rechten“ Seite eines gesellschaftlichen Links-Rechts-Schemas zuordnen. Vielmehr ziehen sich diese Einstellungen parteienübergreifend quer durch die gesamte Gesellschaft und man findet sie auch **stark ausgeprägt im linken politischen Spektrum.**

Das erklärt, warum manchmal kaum ein Unterschied in den Argumentationsweisen von Neofaschisten und sogenannten italienischen „Linken“ zu erkennen ist.

Man wird hierbei daran erinnert, dass einst auch ein Benito Mussolini seine politische Laufbahn als engagierter Sozialist begonnen hatte.

Die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) hat auf Landesebene eine Koalitionsregierung mit der **italienischen Linkspartei „Partito Democratico“ (PD)** gebildet und unterstützt auch die Staatsregierung unter Ministerpräsident Paolo Gentiloni, welcher dem PD angehört.

Am 17. März 2017 trat ein Parlamentarier der besonderen Güte in der **TV-Sendung „L’aria che tira“ (deutsch: „Der Wind, der weht“)** des **römischen Senders LA7** auf. Es war der mit der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) „verbündete“ piemontesische PD-Senator **Stefano Esposito**, Vizepräsident der parlamentarischen Kommission für öffentliche Arbeiten.

Von Freundschaft und „Bündnis“ mit den Südtirolern war bei seinem Auftritt allerdings keine Rede.



Dolomiten

TAGBLATT DER SÜDTIROLER

Dienstag, 21. März 2017 | www.dolomiten.it | 1,50 € Südtirol u. Trentino - 2,10 € restl. Italien u. Ausland

Poste Italiane SpA – Versand im Postabonnement – ges. Dekr. 353/2003 (abgeändert in Ges. 27/02/2004 Nr. 46) Art. 1, Komma 1, CNS Bozen – Beinhaltet J.P. und I.P.

Dieser Senator will die Autonomie abschaffen



Stefano
Esposito

POLITIK: PD-Mann Stefano Esposito will Referendum gegen Sonderautonomien ▶ Seite 15

PD-Senator will mit Referendum die Autonomien abschaffen

TV-SENDUNG: Stefano Esposito, Vizepräsident der Kommission für öffentliche Arbeiten, wettet gegen Privilegien der Regionen mit Sonderstatut



Emblem der
kommunistischen
Jugendorganisation
„Federazione
Giovanile
Comunista
Italiana

(FGCI)“, der
Stefano
Esposito
angehört
hatte.

Stefano Esposito hatte sich in seiner Jugend in der „**Federazione Giovanile Comunista Italiana (FGCI)**“ (deutsch: „Kommunistischer italienischer Jugendbund“) und in kommunistischen Studentenkreisen in führenden Positionen betätigt.

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Bewegung hatte er sich dann dem linken „**Partito Democratico**“ (PD) angeschlossen und ebenso erfolgreich wie lukrativ politische Karriere gemacht.

Die TV-Sendung, in welcher Esposito am 17. März 2017 auftrat und die von hunderttausenden Menschen gesehen wurde, geriet von Anfang an zu einer entfesselten und teilweise von Hass geprägten **Propagandasendung gegen die Autonomien** der Regionen mit Sonderstatut.



Die neapolitanische **Moderatorin Mirta Merlino** heizte von Beginn an die Stimmung auf. Vielen Südtirolern war die Dame bereits ein Begriff, hatte sie doch eine Woche zuvor als Gast in der Talkshow „L’Arena“ des staatlichen Senders Rai 1 unter frenetischem Applaus des Publikums erklärt, die Südtiroler sollten Italien verlassen: **„Leute wie euch brauchen wir nicht.“** (Bericht in der Tageszeitung „Dolomiten“ vom 13. März 2017)

Wir erinnern uns: Das letzte Mal hatten **Hitler und Mussolini** es im Jahre 1939 („Stahlpakt“ und „Optionsabkommen“) betrieben, dass die Südtiroler im Rahmen der sogenannten „Option“ ihre eigene Heimat verlassen sollten.



Ein schönes Paar: Gemeinsamer Fernsehauftritt von PD-Senator Stefano Esposito und der Moderatorin Moderatorin Mirta Merlino im Fernsehsender La7

Nun erklärte die Merlino, dass sie die Autonomien der Regionen mit Sonderstatut als Ungerechtigkeit empfinde, dass diese viel Geld kosteten und daher abgeschafft gehörten.

Der „linke“ PD-Senator Stefano Esposito fand an der Äußerung der Mirta Merlino nichts auszusetzen, es war vielmehr Wasser auf seine Mühlen. Er erklärte: **„Die Autonomie ist ein**

Privileg, die Sonderregionen gehören mittels eines Referendums abgeschafft! Das Trentino-Alto Adige kostet 5 Milliarden im Jahr. Seine Autonomie geht zu Lasten der Italiener, wir müssen diese Privilegien abschaffen!“

il Dolomiti

(Originaltext: „L'Autonomia è un privilegio, serve referendum per eliminare le Regioni Speciali. Il Trentino Alto-Adige costa 5 miliardi l'anno, la sua Autonomia è a spesa degli italiani: dobbiamo togliere questi privilegi!“. Zitiert nach dem Internetportal www.ildolomiti.it)



Die Staatsverschuldung Italiens, erklärte der Senator weiter, sei demnach nicht allein durch den italienischen Süden verschuldet, sondern vor allem auch durch die **Sonderautonomien** wie jene des „Alto Adige“ verursacht.

Der uninformierte Senator Esposito

Damit hat der Senator gezeigt, dass er in Wahrheit wenig Ahnung von den wirklichen Gegebenheiten hat:

Südtirol bekommt nämlich keine finanziellen Zuschüsse aus Rom, sondern führt (gemäß des im Jahre 2009 abgeschlossenen sogenannten „Mailänder Abkommens“) alle im Land eingehobenen Steuern nach Rom ab.

Rom behält 10 Prozent der Steuern ein und erstattet dem Land Südtirol 90 Prozent der Steuer zurück. Im Gegenzug deckt das Land damit aber auch alle Aufwendungen ab, die in Provinzen ohne Autonomiestatut durch den Zentralstaat finanziert werden.

Zusätzlich hat sich Südtirol auch in einem neuen 2014 abgeschlossenen Finanzabkommen mit Rom verpflichtet, zur Tilgung der gewaltigen italienischen Staatsschulden (2016: 2.214 Milliarden €) mit 476 Millionen €/Jahr (Quelle: „Neue Südtiroler Tageszeitung ONLINE“ vom 15.08.2016) beizutragen. Das ist ein reines Geschenk an Rom, denn an der Verursachung dieser Schulden war Südtirol nicht beteiligt.

Mittwoch, 22. März 2017 - Dolomiten

WAS SÜDTIROL KOSTET

Wir sind Nettozahler

von Bernhard Zimmerhofer,
Bozen,
L.-Abg. der Süd-Tiroler Freiheit

Das Spiel ist altbekannt. Wenn es im Staate nicht gut läuft (und das kommt sehr oft vor), dann braucht es Sündenböcke, und da kommt Südtirol mit seinen vermeintlichen Privilegien gerade recht! Nachdem schon der ehemalige Ministerpräsident Renzi, die Ministerin Boschi oder der Präsident der Region Piemont Chiamparino die Abschaffung der Sonderautonomien gefordert hatten, so kommt nun ein neuer Vorstoß des Senators Esposito vom PD (Koalitionspartner der

SVP!) hinzu. Trentino-Südtirol koste den Staat 5 Mrd. im Jahr und ist mitverantwortlich für die hohe Staatsverschuldung. Das ist natürlich ein völliger Unsinn, denn Südtirol ist Nettozahler, das belegen die Zahlen aus dem „Osservatorio sul federalismo e la finanza pubblica“ wo z.B. im Jahr 2014 die Lombardei mit 5641 Euro pro Kopf als höchster und Südtirol mit 2272 Euro pro Kopf an 4. Stelle der Nettozahler aufscheint, während unter den größten Netto-Empfängern Kalabrien, Sardinien und Sizilien zu finden sind. Mit diesen „Freunden“ und Koalitionspartnern von Landeshauptmann Kompatscher und der SVP braucht man wahrlich keine Feinde mehr, um zu verstehen, dass ein gemeinsames Abkommen das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben ist.

In den „Dolomiten“ vom 22. März 2017 wies der Landtagsabgeordnete Bernhard Zimmerhofer von der „Süd-Tiroler Freiheit“ darauf hin, dass Südtirol zu den Nettozahlern gehört **Es ist also Südtirol, welches Geld nach Rom schenkt und nicht umgekehrt.** Eines ist aber klar: Südtirol betreibt im Gegensatz zum Zentralstaat eine vernünftige Haushaltspolitik und ist in der Lage, für das Land Vermögen anzulegen.

Das reizt in Rom nicht nur Leute wie Stefano Esposito, darüber nachzudenken, wie man die Hände nach dem Eigentum der fleißigen Südtiroler ausstrecken könnte.

Der **SVP-Parlamentarier Senator Dr. Karl Zeller** erklärte in den

„Dolomiten“ vom 21. März 2017 zu Recht, dass die **italienische Verfassung und auch das Autonomiestatut** die Südtirol-Autonomie vor einem Regierungs-Handstreich und vor einem Referendum, wie von Esposito gefordert, schützen würden.

Äußerungen und Einstellungen wie jene des PD-Politikers Esposito zeigen jedoch, dass die Südtirol-Autonomie letztlich doch auf schwankendem Boden steht und man sich auf künftige Bedrohungen auch durch neuerlich angestrebte Verfassungsreformen und andere Maßnahmen einzustellen hat.

Die Südtiroler Oppositionsparteien, die „Freiheitlichen“ und die „Süd-Tiroler Freiheit“, fühlen sich darin bestärkt, auf friedliche Weise das endgültige „Los von Rom“ im Wege der Selbstbestimmung anzustreben.

Heimat in Bewegung – Unabhängigkeitstag in Bruneck

Der Südtiroler Schützenbund hatte gerufen und mehr als 10.000 Menschen waren am 15. Mai 2016 nach Bruneck gekommen, um das öffentliche Bekenntnis „Los von Rom!“ abzulegen.

Es legten jedoch nicht nur die Bürger ein demokratisches Bekenntnis ab. Auch die politischen Parteien offenbarten sich: Während Vertreter der Südtiroler Oppositionsparteien „Süd-Tiroler Freiheit“ und „Freiheitliche“ in Bruneck anwesend waren und Flagge zeigten, hatte die auf Einklang mit Rom eingestimmte „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) sorgsam auf Distanz geachtet.

Von dem Angebot des Schützenbundes, so wie die anderen Parteien einen Informationsstand aufzustellen, hatte die SVP

keinen Gebrauch gemacht. Wahrscheinlich hatte man damit unwillkommenen Debatten über den gegenwärtigen Kurs der einstigen „Sammelpartei der Südtiroler“ aus dem Weg gehen wollen.

In Rom hat jedenfalls niemand Anlass, ungehalten über die SVP zu sein. Und darauf scheint es einigen Leuten in erster Linie anzukommen.

Südtiroler Schützenbund

Sonntag, 15. Mai 2016

Bericht des Südtiroler Schützenbundes über den Unabhängigkeitstag in Bruneck:

BRUNECK – Mit weiß-roten Flaggen forderten tausende heimatliebende Menschen die Unabhängigkeit und die Freiheit ihres Landes. Die Devise lautete „Iatz“, so wie es die Tiroler im Volksmund ausdrücken. Die Südtiroler haben ein klares Ziel vor ihren Augen, sie fordern das lang ersehnte „Los von Rom“! Und diese Forderung hallte bei Sprechchören durch die Stadtgasse der Rienzstadt.



Es war ein Volksfest der besonderen Art, ein stimmungsvolles

Fest für Jung und Alt und zugleich eine atemberaubende Willensbekundung mitten im Pusterer Hauptort.

Abgesehen davon, dass die Südtiroler kulturell und sprachlich überhaupt nicht zu Italien gehören, haben die Menschen erkannt, dass es auch ohne Italien geht. Und dass Italien die eigene Entwicklung bremst. Sie sind überzeugt, dass es der Weg der Unabhängigkeit ist, den es zu beschreiten gilt.

Auch andere nach Unabhängigkeit strebende Völker aus ganz Europa waren dabei: Vertreter aus **Katalonien, Flandern, Schottland, Venetien, Bayern, Triest, der Lombardei und dem Baskenland**. Eines haben diese Völker alle gemeinsam: Sie gehören alle einem Staat an, der nicht der ihre ist. Sie wollen selbst über ihre Zukunft bestimmen. Seite an Seite kämpfen sie mit den Südtirolern für eine echte Freiheit ohne Fremdbestimmung.

Zu Beginn der Veranstaltung sorgte die Pusterer Musikgruppe **Volxrock** für eine ausgelassene Stimmung.



Die deutschen Landtagsparteien stellten an Informationsständen ihre Zukunftsvisionen vor. Eine eigens herausgegebene Veranstaltungszeitung „iatz!“ informierte die Besucher über die Unabhängigkeitsbestrebungen und die verschiedenen Loslösungsmodelle. Der Gastgeber der Veranstaltung selbst, der Südtiroler Schützenbund, bekennt sich in seinen Statuten zur Selbstbestimmung und zur Einheit des Landes Tirol. Am Rathausplatz konnte man die Freiheitsgedanken der Besucher regelrecht spüren: „Es muss endlich etwas geschehen, so der breite Tenor. Die Südtiroler müssen selbst frei bestimmen können, wo und wie sie leben wollen. Wir schaffen es!“



Das Programm des Volksfestes war umfangreich. Besondere Farbe verliehen der Veranstaltung Tiroler Volks- und Brauchtumsgruppen. Volkstanzgruppen, Schuhplattlergruppen, Alphornbläser, Böhmisches Musikgruppen, Schwegler, Trommler, viele Goaßlschnöller und Ziachorglspieler, Sänger und viele mehr stellten ihr Können unter Beweis. An einem Schießstand konnten die Besucher ihr Auge üben. Auch die Jüngsten wurden bestens unterhalten.



Beim Staffellauf kam auch der sportliche Aspekt nicht zu kurz. Aber nicht nur körperlich waren die Südtiroler in „Bewegung“, sie sind es besonders geistig, und sie sehen mit Zuversicht nach vorne.

Es folgten Grußworte der europäischen Völker. Der **Baske Manu Gomez** berichtete in seiner Muttersprache, dass das Referendum in Arrankudiaga zwar noch nicht die Unabhängigkeit des Baskenlandes gebracht hat, dass damit aber ein Schneeball ins Rollen gebracht wurde, der nicht mehr aufzuhalten ist.

Auch **Shona McAlpine aus Schottland** berichtete darüber, dass beim letzten Referendum nur ein kleiner Prozentsatz fehlte, um aus Schottland einen unabhängigen Staat zu machen, aber dass sich seither politisch viel getan habe. Gerade erst bei den Wahlen in der vergangenen Woche im Schottischen Parlament hätten die Unabhängigkeitsbefürworter die Mehrheit der Sitze gewonnen.

Anna Arqué aus Katalonien, die bereits im Februar in Meran anlässlich der Andreas-Hofer-Feier eine beeindruckende Rede gehalten hatte, bezeichnete Politiker, die vor den Nationalstaaten auf die Knie fallen und das internationale

Recht auf Selbstbestimmung verneinen, als Gefahr für die Demokratie.

Bart De Valck, der Sprecher der flämischen Volksbewegung VVB, appellierte daran, dass die Wirtschaft zwar wichtig sei, die Eigenständigkeit stünde aber an erster Stelle. Ohne Eigenständigkeit gibt es keine Grundlage für Wohlstand und Wohlergehen“, so De Valck.



Eine starke Abordnung der Flamen bezeugte in Bruneck ihren Freiheitswillen

Unter dem Motto „**Heimat in Bewegung – Los von Rom**“ zogen am Nachmittag tausende Tiroler durch die Stadtgasse und dem Graben von Bruneck, wo sich dem Auge ein beeindruckendes Fahnenmeer zeigte. Der Menschenzug übertraf alle Erwartungen.



Immer wieder durch großen Beifall unterbrochen wurde anschließend die **Rede des Landeskommendanten der Schützen Elmar Thaler**, der mit Nachdruck kritisierte, wie sehr und in wie vielen Kernbereichen Südtirol immer noch vom guten Willen Roms abhängig sei. „Wir haben ein starkes Vaterland, und wir sind ja nach wie vor – zumindest kulturell – ein Teil Österreichs!“, betonte Thaler. Und genau da gelte es anzuknüpfen und weiterzudenken, denn es gebe sie nicht, die fertige Lösung, das perfekte Rezept für die Unabhängigkeit für unser Land. „Niemand weiß, was er kann, bevor er's versucht, und niemand weiß, was er erreichen kann, wenn er nicht nach mehr strebt“, rief der Landeskommendant der Schützen in die begeisterte Menge und forderte von den Landleuten mehr Mut: „Wer etwas schaffen will, der muss zuversichtlich sein, der muss anpacken wollen, der muss etwas wagen!“



Landeskommandanten der Südtiroler Schützen: Elmar Thaler

Den offiziellen Abschluss des Unabhängigkeitstages 2016 machte die bekannte österreichische Musikgruppe „**Die Seer**“.

Dieser zweite Unabhängigkeitstag dieser Art übertraf alle Erwartungen. **Über 10.000 Personen** hatten im Laufe des Tages die Veranstaltung besucht. Es bleibt die Hoffnung, dass sich der „Ist-Zustand“ schon in absehbarer Zeit ändern wird. Unrechtsgrenzen können in Europa friedlich richtiggestellt werden, das hat die Geschichte bereits gelehrt. Auch Deutschland wurde 1989 unerwartet und entgegen aller Voraussagen wiedervereint. „Es braucht den Mut zum Bekenntnis, denn nichts ist für immer, und nichts ist für die Ewigkeit“, so das Fazit des Veranstalters des Unabhängigkeitstages, des Südtiroler Schützenbundes.



Mit Zustimmung des Landeshauptmanns: Partisanen- Unterricht für Südtirols Schüler

Am 28. April 2016 unterzeichnete der Südtiroler Landeshauptmannstellvertreter **Christian Tommasini** mit Zustimmung der Südtiroler Landesregierung und mit **Billigung des Landeshauptmannes Dr. Arno Kompatscher** eine Vereinbarung mit dem Präsidenten der **Nationalen Italienischen Partisanenvereinigung ANPI, Orfeo Donatini**.

In dieser Vereinbarung wird diesem Partisanen-Traditionsverband ein weitgehendes **Mitgestaltungsrecht bei dem Zeitgeschichte-Unterricht** an Südtirols Schulen eingeräumt:

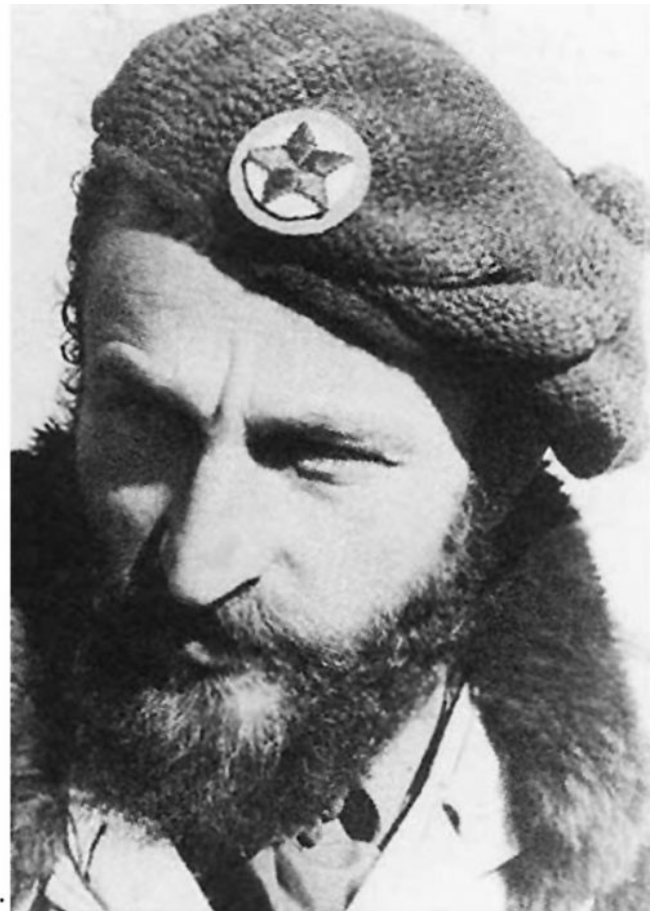
- * Bereitstellung von Inhalten und Materialien für den Geschichtsunterricht,
- * Entwicklung von didaktischen Materialien,
- * Seminaren und Tagungen,
- * Entwicklung von Informationsmaterialien.

Zu dem Partisanen-Traditionsverband ANPI ist einiges zu sagen:

Bis heute verschweigt die ANPI in ihren Publikationen die grauenhaften Massenmorde an Zivilisten durch zumeist kommunistisch gesteuerte Partisaneneinheiten unmittelbar **nach Kriegsende**.

Diese Ereignisse hatten nichts mehr mit berechtigtem Widerstand gegen eine Diktatur zu tun. Die damalige kommunistisch gesteuerte Terrorwelle sollte vielmehr eine kommunistische Machtergreifung wie im Ostblock einleiten. Sie war verbunden mit Raub, Diebstahl, und Vergewaltigungen durch kriminelle Elemente. Der damalige Massenmord **mit zehntausenden Todesopfern unter der wehrlosen Zivilbevölkerung** ist in der Zeitgeschichte eine dokumentierte Tatsache.





Die kommunistischen Partisanen trugen vielfach den Sowjetstern auf ihrer Mütze oder an ihrer Kleidung.



Katholische Internetportale erinnern heute an die Untaten kommunistischer Verbrecher, welche den Titel „Partisanen“ okkupiert hatten

Riscossa Cristiana

Sito cattolico di attualità e cultura

Rolando Rivi. Un maestro di Fede e coerenza... di 14 anni!

di Massimo Viglione



Settantuno anni or sono, il 10 aprile 1945, un quattordicenne seminarista veniva rapito vicino Modena dai partigiani comunisti emiliani e il 13 aprile assassinato dopo essere stato per giorni picchiato, fustigato e umiliato. Il suo nome è Rolando Maria Rivi. La motivazione una sola: era cattolico, era seminarista, e non era pronto a nascondere o adattare la sua fede ai cambiamenti della storia.

L'Italia è ormai in guerra civile da un anno e mezzo e quasi da cinque in guerra, e mancano pochi giorni alla fine del secondo conflitto mondiale. I partigiani sanno ormai che il nemico nazi-fascista è stato vinto dagli americani e non ha più alcuna speranza di rivalsa: tutto crolla ogni giorno, compresa la stessa Repubblica Sociale. Anziché pensare a come ricostruire l'Italia distrutta da cinque anni di guerra, i comunisti danno la caccia non solo ai fascisti combattenti, ma anche ai civili, non solo agli uomini, ma anche alle donne (che a decine vengono violentate, seviziate, rapate, e molte uccise), e soprattutto al clero, reo ai loro occhi di esistere.

In questo tragico contesto, in quello che è rimasto nella storia con il sanguinario nome di "triangolo rosso", avviene la tragedia del giovanissimo adolescente Rolando Maria Rivi.



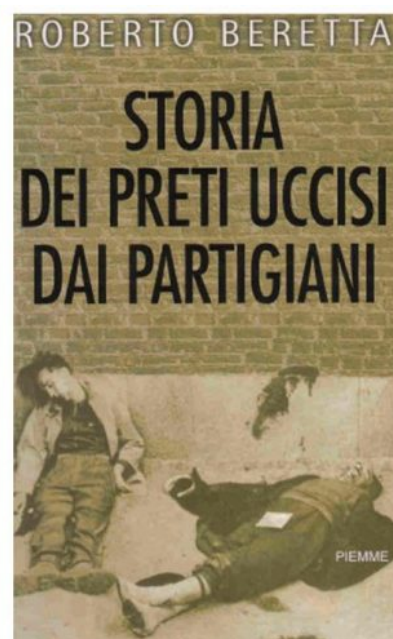
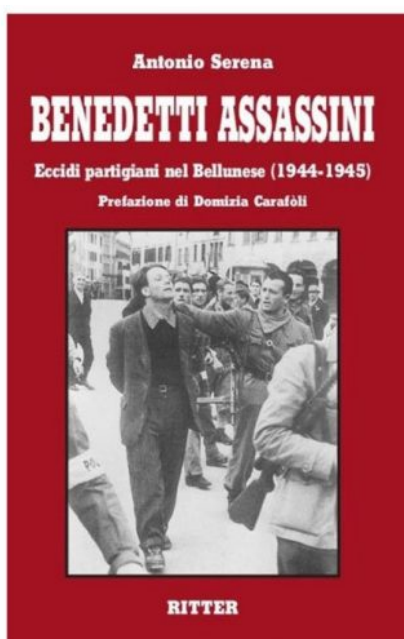
Am 10. April 1945 wurde der 14jährige Seminarist Rolando Rivi aus einem kleinen Ort in der Nähe von Modena von kommunistischen Partisanen verschleppt. Er wurde drei Tage lang geschlagen, ausgepeitscht und erniedrigt. Am 13. April 1945 wurde er von seinen Qualen durch Ermordung erlöst. An ihn erinnert kein Lied und im Geschichtsunterricht in Italien wird seiner nicht gedacht.

Nun sollen die Taten der Partisanen in Südtirols Schulen durch die Partisanen-Traditionsvereinigung ANPI dargestellt werden. Man darf davon ausgehen, dass dies verherrlichend erfolgen

wird. Der Verband, welcher bislang die dunkle Seite des Geschehens nicht aufgearbeitet hat, wird dies wohl auch im Schulunterricht kaum tun.

In dem Buch von Roberto Beretta: „Storia dei preti uccisi dai partigiani“ („Geschichte der von den Partisanen ermordeten Priester“), Edizione Piemme, wird die Ermordung katholischer Priester durch kommunistische Partisanen dokumentiert:

Die publizistische Abrechnung mit dem Partisanen-Terror ist im Gange



In immer mehr italienischen Publikationen wird ausgeleuchtet, wie der „Partisanenkampf“ von der Kommunistischen Partei Italiens zu einem Bürgerkrieg und Krieg in Zivilkleidung – „GUERRA in CIVILE“ – umfunktioniert wurde (Bild links). Es wird dokumentiert, dass die so lange publizistisch hochgelobten („benedetti“) Partisanen als Mörder („assassini“) zahlreiche Massaker verübten (mittleres Bild) und auch vor der Ermordung von Priestern („preti uccisi“ – Bild rechts) nicht zurückgeschreckten.

Das katholische Internetportal „Il Timone“ und der Blog <http://ilblogdipensierieparole.blogspot.co.at> gedenken der von

kommunistischen Partisanen ermordeten Priester

DOMENICA, 24 APRILE 2016

IL TIMONE

QUEI SACERDOTI UCCISI DAI PARTIGIANI CHE LA CHIESA DOVREBBE BEATIFICARE. UN DOSSIER DEL TIMONE



di Andrea Zambrano

«Questi sono i nostri beati». È questa l'ambiziosa "proclamazione" che *Il Timone* propone ai lettori in occasione del 70esimo anniversario della Liberazione. Un dossier accurato e coraggioso, quello del mese di Aprile,

Kurzer Auszug aus der langen Liste der ermordeten Priester
(<http://ilblogdipensierieparole.blogspot.co.at>):

Val d'Aosta

Padre Fernando Ferrarotti – Champorcher giugno 1944, Don Luigi Border – Hône 5 marzo 1946

Piemonte

TORINO

Don Edmondo De Amicis – Torino 27 aprile 1945

Padre Angelico (Cesare) Romiti – Boschetto Montanaro 7 maggio 1945

Padre Eugenio Squizzato – Corio Canadese 15-16 aprile 1944

Don Giuseppe Amatesi – Coassolo Torinese 16 marzo 1944

ALESSANDRIA

Don Virginio Icardi – Squaneto 4 dicembre 1944

Don Francesco Pellizzari – Tagliolo Monferrato 10 maggio 1945

Don Enrico Percivalle – Variana 13 (15) marzo 1944

ASTI

Don Sebastiano Caviglia – Asti 27 aprile 1945

Don Luigi Solaro – Bottigliera d'Asti 3 aprile 1945

CUNEO

Don Antonio Francesco Zali – Morra San Costanzo 8 giugno 1944

BIELLA

Don Leandro Sangiorgio – Sordevolo 30 aprile 1945

Liguria

GENOVA

Don Attilio Pavese – Alpe Gorreto 6 dicembre 1944

Don Colombo Fasce – Cesino 19 maggio 1945

SAVONA

Don Guido salvi – Castelvecchio di Rocca Barbena marzo 1945

IMPERIA

Don Antonio Padoan – Castelvittorio 8 maggio 1944

Don Andrea Testa – Diano Borello 16 luglio 1944

Lombardia

Don Tullio Calcagno – Milano 29 aprile 1945

Don Pietro Treccani – Provaglio d'Iseo (BS) 5 dicembre 1944

Serafino Lavezzari – San Pietro Casas co (PV) 26 febbraio 1945



Grabstein eines von kommunistischen Partisanen ermordeten Priesters

Pressekonferenz des österreichischen FPÖ-Südtirolsprechers Werner Neubauer: Der Partisanen-Verband ANPI verschweigt auch Partisanen-Untaten in Südtirol

Am 10. Mai 2016 wies der österreichische Nationalratsabgeordnete und FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer auf einer Pressekonferenz in Bozen auf die obig

genannten Tatsachen hin.



FPÖ -
Südtirolsprecher
Werner Neubauer

Neubauer präsentierte dazu ein grausiges Beispiel für die damaligen Morde an Unschuldigen: Eine von einem katholischen Internetportal herunter geladene **Namensliste von 130 katholischen Priestern, die von den kommunistischen Nachkriegs-Partisanen im Veneto und in Istrien abgeschlachtet worden waren.**

Er wies darauf hin, dass auch andere katholische Internetportale Schicksale und Bilder solcher Opfer veröffentlicht haben.

Die Partisanenvereinigung ANPI, so der FPÖ-Südtirolsprecher Neubauer, verschweige bis heute auch die Untaten sogenannter Partisanen, die unmittelbar nach Kriegsende **nach Südtirol hereinbrachen** und in Salurn, Bozen, Naturns und an anderen Orten raubten, plünderten und **in Gröden auch fünf Bürger entführten, folterten und ermordeten.**

Die Täter wurden so gut wie nie belangt, weil die Generalamnestie von 1946 sie der Gerechtigkeit und Sühne entzog.

Auch diese Fakten seien in der Zeitgeschichtsforschung heute ausführlich dokumentiert, erklärte Neubauer. Er besitze dazu Ablichtungen von Berichten von Tatzeugen aus dem **Nordtiroler Landesarchiv in Innsbruck**, wo man 1945 und 1946 diese über die Grenze geschmuggelten **Horrorberichte** aus Südtirol gesammelt hatte.

Protest und Anfragen der „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) und der Südtiroler „Freiheitlichen“

In einer Pressemitteilung vom 29. April 2016 hat die „Süd-Tiroler Freiheit“ bereits gegen die mit dem Partisanenverband getroffene Vereinbarung protestiert: **„Mit dieser Vereinbarung, die dem italienischen Partisanenverband eine wichtige Rolle zuweist, wird der Bock zum Gärtner gemacht.“**

Man werde dazu eine Anfrage im Landtag einbringen. Wie man aus Südtirol hört, wollen auch die „Freiheitlichen“ dem Landeshauptmann Kompatscher dazu einige notwendige Fragen stellen.